

Eine Schweiz
in Bewegung
–
Eine erfolgreiche
Schweiz

Positionierung der FDP zum Thema freie Schul- wahl

Positionspapier der FDP Schweiz
vom 18. September 2008

Die intelligente Schweiz

Die wachsende Schweiz

Die gerechte Schweiz

Die offene Schweiz

FDP

Wir Liberalen.

www.fdp.ch

I. Forderungen der FDP

Die FDP setzt sich seit jeher für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem ein – von der Volks- über die Mittel- bis zur Hochschule. In diesem Sinne unterstützt die FDP auch die dringend notwendige nationale Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme (HarmoS-Konkordat). Damit soll die Volksschule qualitativ gestärkt werden, da sie auch künftig ihre Aufgabe als zentrale Bildungs-, Integrations- und Erziehungsstätte erfüllen soll.

Entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 1. April 2006 setzt sich die FDP zudem für folgende Schwerpunkte im Bildungsbereich ein:

Mehr Chancengleichheit durch Integration und individueller Förderung:
Fremdsprachige Kinder sol-

len bereits vor Eintritt in die obligatorische Schule von einem Sprachunterrichtsangebot profitieren können, damit diese bei der Einschulung die gleichen Startchancen haben wie einheimische Schüler/-innen. Tagesstrukturen in der Schule ermöglichen zudem eine bessere Integration aller Kinder. Besonders begabte Schüler/-innen sollen gezielt gefördert und schulschwache Kinder in ihren Lernbemühungen individuell unterstützt werden für eine optimale, den Fähigkeiten entsprechende Vorbereitung auf die Zukunft.

Frühere Einschulung und Leistungsbewertung:

Kinder sollen ab dem erfüllten 4. Altersjahr in einem Kindergarten oder einer Eingangsstufe eingeschult werden, damit sowohl Integration als auch Förderung frühzeitig einsetzen können. Zudem ist ein Benotungssystem auf allen Schulstufen (ab Primarschule) einzuführen, das sich nach schweizweit

einheitlichen Ausbildungszielen richtet. Dies geschieht im Interesse von Schüler/-innen, Lehrpersonal und Eltern. Mit dem Vergleich von Leistungen werden Anreize für mehr Leistungsbereitschaft geschaffen.

Investitionen und Konzentration auf die Bildungsvermittlung:

Qualitativ hochstehende Ausbildung und permanente Weiterbildung der Lehrer/-innen sind Investition in die zukünftigen Generationen. Schulen sollen professionell geleitet werden, damit sich das Lehrpersonal auf die Bildungsvermittlung und sozialpädagogische Aufgaben im Schulzimmer konzentrieren kann.

Sprachkenntnisse als Stärke der viersprachigen Willensnation Schweiz:

Faktische Lernverbote gilt es zu bekämpfen und mit dem Fremdsprachenunterricht so früh wie möglich in der Primarschule zu beginnen. In der Deutschschweiz soll ab dem Kindergarten in

der Standardsprache Hochdeutsch unterrichtet werden. Zudem sollen schweizweit verbindliche Qualitätsstandards für die Kenntnisse in drei Sprachen (Standardsprache, zweite Landessprache und Englisch) am Ende der obligatorischen Schulzeit festgelegt werden.

Freie Schulwahl auf Gymnasialstufe:

Je nach kantonaler Situation sollen Pilotprojekte zur Ermöglichung der freien Wahl zwischen öffentlichen Gymnasien initiiert werden. Weiter sollen die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Schüler/-innen gestärkt und Leistungsanreize für die Mittelschulen geschaffen werden. Zudem braucht es ein schweizweit einheitliches Zielniveau der Maturitätsprüfungen als Voraussetzung für die kantonsübergreifende freie Wahl des Gymnasiums.

Der Parteitag der FDP Schweiz hat am 19. April 2008 zudem das Postulat der freien Wahl zwischen staatlichen Schulen aufgestellt:

Mit dem Postulat **für die freie Wahl der staatlichen Schule** verfolgt die FDP das Ziel, den Eltern eine möglichst grosse Wahlfreiheit zu geben. In Eigenverantwortung und im Sinne der Chancengleichheit sollen die Eltern die für ihr Kind am besten geeignete staatliche Schule frei wählen können.

Freie Wahl setzt Vergleichbarkeit voraus:

Wahlfreiheit bedingt jedoch Leistungsvergleich (analog zur freien Spitalwahl) und damit ein standardisiertes System, das die Messung von Leistungen überhaupt erst ermöglicht. Ziel dieses Systems muss es sein, das Qualitäts- und Dienstleistungsangebot der Schule, aber auch die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sowie die Kompetenz und den Einsatzwillen der Lehrerschaft bewerten und vergleichen zu können.

Die freie Wahl zwischen staatlichen Schulen kann erst dann umgesetzt werden, wenn die Leistungen der einzelnen Schulen nach objektiven Kriterien auch tatsächlich vergleichbar sind.

Ohne HarmoS keine freie Schulwahl:

Grundlage eines solchen Systems zum Vergleich der Leistungen auf den verschiedensten Ebenen bildet die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Volksschule (HarmoS-Konkordat), im Rahmen derer die Festlegung nationaler Bildungsstandards vorgesehen ist. Diese Standards werden unter der Verantwortung der EDK wissenschaftlich entwickelt und validiert. Da sich die nationalen Bildungsstandards vor allem auf die Schulfächer beziehen, müssen diese durch weitere Vergleichskriterien ergänzt werden. Diese allgemeinen Leistungsstandards sollen ebenfalls im Rahmen von HarmoS entwickelt werden. Zusammen mit den nationalen Bil-

dungsstandards bilden diese die Grundlage für einen objektiven Vergleich der Schulen. Ohne die Einführung von HarmoS wird die freie Schulwahl weder auf kommunaler noch auf kantonaler Ebene umgesetzt werden können.

Konkurrenz erhöht Leistung:

Durch messbare und vergleichbare Leistungen wird der Konkurrenzdruck auf die Schulen erhöht, was sich entsprechend positiv auf die Qualität des schulischen Angebots auswirkt. Den Schulleitungen wird dadurch ein echter Anreiz geboten, ihr Leistungsangebot laufend zu optimieren, den Kindern eine bestmögliche Ausbildung zu garantieren und die Rahmenbedingungen (bspw. hinsichtlich des Betreuungsangebots) den Bedürfnissen der Kinder und Eltern anzupassen.

Pilotprojekte als erster Schritt:

Analog zur freien Schulwahl auf Gymnasialstufe müssten auch im Bezug auf die freie Wahl zwischen

staatlichen Schulen, je nach kantonaler Situation, Pilotprojekte initiiert werden.

II. Gegenargumente zur kantonalen Initiative „Bildungsvielfalt für alle“ der elternlobby.ch

Privatschulen bilden einen wichtigen Bestandteil des Bildungsplatzes Schweiz. Trotzdem unterstützt die FDP die Initiative der Elternlobby nicht. Die ablehnende Haltung ist kein Angriff auf die Privatschulen. Vielmehr ist in diesem Bereich derzeit keine staatliche Intervention nötig. Die ablehnende Haltung basiert auf folgenden Gründen:

Freie Wahl zwischen staatlichen Schulen:

In Unterschied zur Elternlobby Schweiz fordert die

FDP lediglich die freie Wahl zwischen staatlichen Schulen und nicht zwischen staatlichen *und* privaten Schulen. Den Initianten geht es nicht in erster Linie um die freie Schulwahl, sondern vor allem um die staatliche Unterstützung von Privatschulen. Die FDP lehnt eine solche Subventionierung von Privatschulen, die ohne ein standardisiertes System der Qualitätsmessung erfolgen würde, ab.

Keine Subventionierung ohne klare Rahmenbedingungen:

Eine Subventionierung privater Schulen setzt die Vergleichbarkeit der Leistungen voraus. Andernfalls werden Äpfel mit Birnen verglichen. Deshalb fordert die FDP, dass die notwendige Transparenz geschaffen. Private Schulen können hier die in öffentlichen Schulen einzuführenden Vergleichstests auch übernehmen und so den Wettbewerb stärken. Eine Subventionierung setzt des Weiteren einen klaren Rahmen bezüglich des Bildungsinhalts voraus. Die

Schweiz ist ein säkulares Land. Die Beeinflussung der Schüler durch religiöse Schulen im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Evolutions-theorie oder der Grundwerte unserer Gesellschaft die Schüler zu beeinflussen versuchen ist zu verhindern. Solche Vorschläge wurden vom Volk z.B. im Kanton Tessin bereits abgelehnt.

Gesellschaftspolitische Rolle der Volksschule:

Die Gesellschaft darf nicht auseinander driften. Hier spielt eine starke, leistungsorientierte und leistungsfähige Volksschule eine wichtige Rolle. In der Volksschule werden die Grundausbildung und der Leistungswille sowie der Bürgersinn massgeblich geprägt. Für Gesellschaft und Wirtschaft ist somit eine Segregation gesellschaftlicher Schichten nach Schultyp zu verhindern.

Unproduktiver Kostenschub zu befürchten:

Wechseln einzelne Schülerinnen und Schüler in Pri-

vatschulen, so verringert dies den Aufwand für die öffentlichen Schulen kaum, belastet jedoch das Bildungsbudget dennoch unverhältnismässig stark, da Kanton und Gemeinden zusätzlich die hohen Kosten für Privatschulen übernehmen müssen. Die höheren Bildungsausgaben müssen entweder durch mehr Steuerreinnahmen gedeckt oder die zusätzlichen Aufwendungen für Privatschulen durch Einsparungen bei der öffentlichen Schule kompensiert werden. Eine stärkere Belastung des Steuerzahlers steht hier einem drohenden Qualitätsverlust an den öffentlichen Schulen gegenüber.

Keine Privilegierung von Minderheiten:

Eine Minderheit darf nicht auf Kosten der Mehrheit privilegiert werden. Wer sein Kind in eine Privatschule schicken will, soll für die zusätzlichen Kosten selbst aufkommen. Eine Subventionierung von Privatschulen, gerade wenn sie auf Kosten der öffentlichen Schule geht, ist in

diesem Fall nicht gerechtfertigt.

Zunahme der Schul-Bürokratie:

Eine Integration der Privatschulen in das öffentliche Schulsystem würde automatisch zu mehr Bürokratie führen, den es bräuchte eine neue Abteilung innerhalb der Bildungsverwaltung um die Bewilligungen zu erteilen, die Qualitätskriterien zu erarbeiten, die Kontrollen durchzuführen und den Fluss der öffentlichen Gelder an die Privatschulen abzuwickeln. Ein solcher Verwaltungsapparat würde Millionen verschlingen, die viel sinnvoller in die Unterrichtsqualität investiert werden würden.

Behinderung von HarmoS:

Mit ihrer Initiative behindert die Elternlobby die Umsetzung von HarmoS, dem bedeutendsten Reformprojekt im Bereich der öffentlichen Schule seit der Gründung der Volksschule. Anstatt sich voll und ganz auf die Schulharmonisie-

rung konzentrieren zu können, wird nun Geld und Energie für die Diskussion der Initiative benötigt.